SATZUNGEN

Des Salzburger Jagdschutzverbandes

Abschnitt 1 Landesorganisation

§ 1

Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verband führt den Namen Salzburger Jagdschutzverband (SJSV)
2. Der Verband hat derzeit seinen Sitz in Uttendorf Bez. Zell am See und erstreckt seine Tätigkeit auf das Bundesland Salzburg
3. Der Verband ist parteipolitisch unabhängig, gemeinnützig und nicht auf Erzielung von Gewinn ausgerichtet.
4. Bezirksorganisationen sind zu führen.

§ 2

Zweck des Verbandes

1. Der Verband ist bestrebt, die Salzburger Jagdschutzorgane durch Beitritt auf Verbandsebene als ordentliche Mitglieder zusammenzuführen, sowie außerordentliche Mitglieder mitzubewerben.
2. Eine positive Zusammenarbeit mit der Landes- und Bezirksjägerschaft wird angestrebt.
3. Die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen und damit Fortsetzung und Ausbau bisher bewährter Aktivitäten und Maßnahmen
4. Die Stellung und Absicherung der Jagdschutzorgane durch zeitgemäße und verbesserte Rechtsgrundlagen zu unterstützen
5. Enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Salzburger Jägerschaft.
6. Weiterbildung und Diskussionsgrundlagen anbieten
7. Herausgabe einer mindestens 1 mal jährlich erscheinenden Verbands-Magazin für Mitglieder, über neueste Änderungen der einschlägigen Rechtsvorschriften, umfassende Informationen über Aktivitäten der Mitglieder, sowie Information zu Jagd-, Natur-, Umwelt- und Tierschutz.
8. Kontakte zu anderen jagdlichen und nichtjagdlichen Organisationen herbeiführen und fördern.
9. Erfüllung und Ausführung der Vorgaben der Verbandssatzungen.
10. Gemeinnützigkeit.

§ 3

Mittel zur Erreichung des Verbandszweckes

Die erforderlichen Mittel zur Erreichung des Verbandszweckes werden aufgebracht durch:

1. Mitgliedsbeiträge
2. Spenden, Subventionen, sonstige Einnahmen aus diversen Veranstaltungen

§ 4

Mittelverwendung

Die Mittel des Verbandes dürfen nur für die in § 2 angeführten Zwecke des Verbandes verwendet werden.

§ 5

Arten der Mitgliedschaft

Die Mitglieder des Verbandes gliedern sich in:

1. Ordentliche (aktive) Mitglieder können sein:
Jägerinnen und Jäger die gemäß § 118 Salzburger Jagdgesetz i. d .g. F. die Prüfung für den Jagdschutzdienst abgelegt haben und Personen die gemäß § 144 Jagdgesetz die organisationsrechtliche Stellung zur Ausübung des Jagdschutzes erreichen (Berufsjäger, Personen mit Staatsprüfung für den höheren Forstdienst, sowie Staatsprüfung für den Försterdienst).
2. Außerordentliche Mitglieder können sein:
Jägerinnen und Jäger die im Besitz einer Jagdkarte gemäß § 41 Sbg. Jagdgesetz (erste Jagdkarte) sind, sowie Personen gegen deren Mitgliedschaft kein Ausschließungsgrund vorliegt! Dies gilt auch für Personen aus anderen Bundesländern oder Nationen!
3. Ehrenmitglieder:
Diese sind Personen, die aufgrund besonderer Verdienste um den Verband dazu ernannt werden.

§ 6

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Ordentliche und außerordentliche Mitglieder erklären ihren Beitritt durch Ausfüllen der Beitrittsformulare, brieflich oder durch Erklärung im Internet.
Die Beitrittserklärung ist von einem vom Verband gewählten Organ entgegenzunehmen. Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand.
Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
2. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Generalversammlung.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Rechte der Mitglieder:
 - a) Die ordentlichen Mitglieder haben das Recht an den Generalversammlungen mit Sitz und Stimme teilzunehmen.
 - b) Alle Mitglieder haben ferner das Recht, an die Vollversammlung Anträge zu stellen und in dieser das Wort zu ergreifen.
 - c) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Einrichtungen des Verbandes im Rahmen der Satzungen und aufgrund gültiger Verbandsbeschlüsse zu beanspruchen.
 - d) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
 - e) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
 - f) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
2. Pflichten der Mitglieder
 - a) Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, den von der Generalversammlung beschlossenen Mitgliedsbeitrag jährlich zeitgemäß zu entrichten, sowie die Satzungen und Verbandsbeschlüsse zu achten.
 - b) Alle Mitglieder haben die Bestrebungen des Verbandes zu unterstützen, sowie dessen Ansehen und Interessen zu wahren.

§ 8

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch:

1. Tod
2. Freiwilligen Austritt
3. Ausschluss

Zu 2) Der freiwillige Austritt aus dem Verband ist dem Vereinsvorstand schriftlich spätestens 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres anzuzeigen und die Mitgliedskarte zu retournieren. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst für das nächste Kalenderjahr wirksam.

Zu 3.) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verband kann durch den Verbandsvorstand erfolgen:

- a) Wegen unehrenhafter Handlungen oder anderer strafrechtlicher Handlungen, die gegen das Interesse des Verbandes gerichtet sind.
- b) Wegen Übertretungen, die eine Verurteilung durch das Ehrengericht nach sich ziehen,
- c) Wegen grober Verletzung der Mitgliederpflichten.
- d) Nichtbezahlung des Mitgliedsbeitrages. Ist die Einzahlung der Mitgliedsbeiträge von 3 Verbandsjahren, trotz jährlicher Aufforderung nicht erfolgt, hat der Ausschluss durch den Landesvorstand oder Landesobmann zu erfolgen

Der erfolgte Ausschluss ist dem ausgeschlossenen Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Generalversammlung zu. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung. Die Mitgliedsrechte ruhen bis zur endgültigen Entscheidung. Die Generalversammlung kann aus angeführten Gründen – über Antrag des Vorstandes - auch eine Ehrenmitgliedschaft aberkennen.

Ausgeschiedene Mitglieder haben weder auf die Rückerstattung von Mitgliedsbeiträgen, noch auf Verbandsvermögen Anspruch. Rückständige Beiträge können jedoch vom Verband eingefordert werden. Gegenstände des Verbandes, wie z. B. Schriftverkehrsordner etc. sind in jedem Fall dem Verband zu überlassen.

§ 9

Mitgliedsbeiträge

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird von der Generalversammlung festgesetzt.

Der Vorstand ist berechtigt, in begründeten Einzelfällen das Einheben von Mitgliedsbeiträgen in besonderer Notlage des Mitgliedes auszusetzen oder herabzusetzen.

§ 10

Organe des Verbandes

Die Organe des Verbandes sind:

- 1.) Die Generalversammlung
- 2.) Der Vorstand
- 3.) Die Rechnungsprüfer
- 4.) Das Schiedsgericht

Zu 1) Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr statt.

- a) Die Generalversammlung besteht aus den Mitgliedern des Verbands. Jedes ordentliche Mitglied hat in der Generalversammlung eine Stimme. Das Stimmrecht ist persönlich auszuüben. Außerordentliche Mitglieder nehmen an der Generalversammlung mit beratender Stimme teil.
- b) Die Generalversammlung ist beschlussfähig, bei jeder Anzahl der anwesenden Mitglieder zum vereinbarten Termin.
- c) Der Generalversammlung sind vorbehalten:
 - aa) Die Änderung der Satzungen
 - bb) Festsetzung der Mitgliedsbeitragshöhe
 - cc) Genehmigung der Jahresrechnung
 - dd) Wahl der Verbandsfunktionäre und Kontrollorgane
 - ee) Ehrung von Mitgliedern
 - ff) Die Beschlussfassung sonstiger- vom Vorstand nicht zu beschließender Angelegenheiten
 - gg) Installation von Bezirksausschüssen
 - hh) Auflösung des Verbandes
- d) Die Generalversammlung wird vom Landesobmann – bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter - unter der Tagesordnung, die mindestens 14 Tage vor dem Termin einzuberufen ist - geleitet.
- e) Anträge von Mitgliedern sind spätestens 10 Tage vor der Generalversammlung beim Landesobmann in schriftlicher Form (Mail oder Brief) einzubringen, damit diese bei der Versammlung behandelt werden können. Der Antrag erlangt Gültigkeit mit dem Datum der Absendung, welches bei Bedarf nachzuweisen ist!
- f) Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Landesobmann mittels Dirimierungsrecht! Bei Satzungsänderung und Auflösung des Verbandes ist 2/3 Stimmenmehrheit erforderlich.
- g) Eine außerordentliche Generalversammlung ist einzuberufen, auf
 - Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - Schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - Verlangen der Rechnungsprüfer (§21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG),
 - Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators binnen vier Wochen statt.

Zu 2) Der Vorstandsvorstand besteht aus folgenden Funktionären:

- a) Dem Landesobmann
- b) Den Landesobmannstellvertretern
- c) Dem Schriftführer und dessen Stellvertreter
- d) Dem Kassier und dessen Stellvertreter
- e) Den 5 Bezirksleitern – und deren Stellvertreter
- f) Dem Beirat, (eine vom Vorstand gewählte Person)
- g) Bei Bedarf können weitere Vertreter kooptiert werden.

Bei Doppelfunktionen innerhalb des Vorstandes gilt immer nur ein einmaliges Stimmrecht.

.) Der Landesvorstand wird von der Generalversammlung für eine Funktionsperiode von 5 Jahren gewählt. Er hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitgliedes das Recht, an diese Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu eine nachträgliche Genehmigung in der nächsten Generalversammlung einzuholen ist.

Fällt der Vorstand - ohne Selbstergänzung durch Kooptierung - überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines neuen Vorstandes einzuberufen.

.) Die Funktionsperiode des Landesvorstandes beträgt 5 Jahre. Die Wiederwahl ist unbegrenzt möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

.) Der Landesvorstand wird vom Landesobmann, bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter schriftlich einberufen. Sind auch diese unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

.) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von Ihnen anwesend ist.

.) Der Landesvorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden per Dirimierungsrecht.

.) Den Vorsitz führt der Landesobmann, bei dessen Verhinderung einer seiner Stellvertreter, sind auch diese verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Lebensjahren ältesten Vorstandsmitglied, oder jenem Vorstandsmitglied, welches die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

.) Die Funktion eines Vorstandsmitgliedes erlischt durch Tod, Ablauf der Funktionsperiode, durch Enthebung oder eigenen Rücktritt.

.) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Landesvorstand oder einzelne Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstandes bzw. der neu bestellten Vorstandsmitglieder in Kraft.

.) Vorstandsmitglieder müssen ihren Rücktritt schriftlich erklären. Die Rücktrittserklärung ist dem Landesvorstand schriftlich zur Kenntnis zu bringen und erlangt ihre Gültigkeit mit sofortiger Wirkung bzw. mit dem Datum der Rücktrittserklärung.

Aufgaben des Landesvorstandes

Dem Landesvorstand obliegt die Leitung des Verbandes. Er ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm fallen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Satzungen einem anderen Verbandsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen folgende Aufgaben:

- 1.) Errichtung eines den Anforderungen des Verbandes entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen-Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses.

- 2.) Erstellung eines Jahresvoranschlages, des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses.
- 3.) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung.
- 4.) Information der Verbandsmitglieder über die Verbandstätigkeit, die Verbandsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss.
- 5.) Verwaltung des Verbandsvermögens.
- 6.) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern.
- 7.) Beratung und Beschlussfassung in allen Verbandsangelegenheiten die nicht der Generalversammlung oder dem Landesobmann vorbehalten sind.
- 8.) Koordination der Tätigkeiten der Bezirksregionalleiter.
- 9.) Vorschläge für Weiterbildungsveranstaltungen für Mitglieder.
- 10.) Erarbeitung von Maßnahmen zur Mitgliederwerbung.

Aufgaben des Landesobmannes

- 1.) Der Landesobmann vertritt den Verein nach außen und intern. Er hat die Tagesordnung für die Vorstandssitzungen und Generalversammlungen festzulegen und in diesen den Vorsitz zu führen.
- 2.) Er unterfertigt alle wichtigen Schriftstücke. In dringenden Fällen ist er berechtigt, selbständig Entscheidungen zu treffen, hat jedoch darüber im Vorstand bzw. der Generalversammlung zu berichten.
- 3.) Die Vertretung des Landesobmannes erfolgt durch einen der Landesobmannstellvertreter, dessen Aufgaben sinngemäß für Pkt. 1 und Pkt.2 Geltung haben.

Aufgaben des Schriftführers

Der Schriftführer verfasst Protokolle über die Vorstandssitzungen sowie die Generalversammlungen. Er besorgt im Auftrag des Landesobmannes den Schriftverkehr des Verbandes. Mitarbeit an der Mitgliederevidenz.

Aufgaben des Kassiers

- 1.) Der Kassier ist für die entsprechende und sparsame Führung der Kassageschäfte verantwortlich und im Rechnungverkehr zeichnungsberechtigt.
- 2.) Ihm obliegt die Führung des Kassabuches.
- 3.) Auszahlungen dürfen nur nach Anweisung des Landesobmannes gegen Bestätigung erfolgen.
- 4.) Bis zum 31. 12. jeden Jahres sind die Kassabücher abzuschließen und mit 1.1. des neuen Jahres neu zu öffnen.
- 5.) Einhebung der Jahresmitgliedsbeiträge sowie allfällige Mahnungen.
- 6.) Führung der Mitgliederliste und deren Aktualisierung. Über Anforderung ist die aktuelle Mitgliederliste dem Landesobmann, bzw. dessen Stellvertreter und dem jeweiligen Bezirksobmann bzw. dessen Stellvertreter auszufolgen.

Aufgaben der Rechnungsprüfer

- 1.) Die zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt, eine Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- 2.) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben der Generalversammlung das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.
- 3.) Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen über die Bestellung, die Abwahl und den Rücktritt der Organe sinngemäß.

Abschnitt 2 Bezirksorganisationen

- 1.) Die Bezirksleiter haben Ihren Wirkungsbereich im Analog eines Bezirkes. Bei Bedarf kann ein Bezirksleiter zwei Bezirke abdecken z. B. (Stadt Salzburg-Flachgau).
- 2.) Den Bezirksleitern steht es frei Regionalleiter zu ernennen bzw. Mitglieder mit wichtigen Aufgaben des Bezirkes zu betrauen!
- 3.) Aufgaben der Bezirksleiter:
 - a) Werbung und Kontakt von Mitgliedern im Sinne der Landesorganisation, Wahrnehmung von Sterbefällen von Mitgliedern sowie Änderungen von Adressen, Telefonnummern und Mailadressen! Sammeln und Weiterleiten von Schriftbeiträgen (von Mitgliedern als auch Nichtmitgliedern) an die Redaktion; Abhaltung von lokalen Veranstaltungen.
 - b) Mitglieder sind über den neuesten Stand der Verbandsinteressen zu informieren.
 - c) Die Bezirksleiter haben im Einvernehmen mit dem Landesvorstand zu agieren.
 - d) Die Landessatzungen gelten in zuständigen Fällen analog.

Abschnitt 3 Schiedsgericht und Auflösung des Verbandes

§ 11

Schiedsgericht

- 1.) Zur Schlichtung von allen aus dem Verbandsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das verbandsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine Schlichtungseinrichtung im Sinne des Vereinsgesetzes 2002, kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO!
- 2.) Das Schiedsgericht setzt sich aus fünf ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand zwei Mitglieder als

Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung innerhalb von 7 Tagen durch den Landesvorstand, hat der gegnerische Streitteil innerhalb von 14 Tagen ebenfalls zwei ordentliche Mitglieder dem Vorstand schriftlich namhaft zu machen. Nach Namhaftmachung beim Vorstand beauftragt dieser innerhalb von 7 Tagen die vorgeschlagenen 4 Schiedsrichter innerhalb von 14 Tagen, ein fünftes Mitglied als Vorsitzenden des Schiedsgerichtes zu nominieren.

- 3.) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beidseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller 5 Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Das Schiedsgericht entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Die Entscheidungen haben vereinsintern Gültigkeit.
- 4.) Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende des Schiedsgerichtes per Dirimierung.

§ 12

Auflösung des Verbandes

- 1.) Die freiwillige Auflösung des Verbandes kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit durch die gültigen Stimmen der ordentlichen Mitglieder beschlossen werden.
- 2.) Die Generalversammlung hat auch - sofern Verbandsvermögen vorhanden ist - über die Liquidation zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Liquidator zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das verbleibende Verbandsvermögen zu übertragen hat. Vorrangig soll dieses in Notsituation geratenen Jagdschutzorganen zugedacht werden.
- 3.) Der letzte Verbandsvorstand (Landesobmann) hat die freiwillige Verbandsauflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Sicherheitsdirektion schriftlich anzuzeigen. Der Landesobmann ist des Weiteren verpflichtet, die freiwillige Auflösung innerhalb derselben Frist in amtlichen Blättern zu verlautbaren.

Salzburg, im März 2022